

55c

05.12.2019 (KS)

## **Konsequente Tabakprävention rettet Leben und senkt Kosten – eine vernachlässigte Aufgabe der Politik**

**Rauchen schadet nicht nur der Gesundheit, es verursacht der Gesellschaft auch hohe – und steigende – Kosten. Eine Handvoll konsequent umgesetzter politischer Maßnahmen könnte den Raucheranteil in Deutschland senken und so die Folgekosten des Rauchens reduzieren. Dies ist ein zentrales Thema der 17. Deutschen Konferenz für Tabakkontrolle, die am 4. und 5. Dezember im Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg stattfindet.**

Die Kosten für das Gesundheitswesen, die die Folgeerkrankungen des Rauchens verursachen, sind einer aktuellen Berechnung zufolge seit 2008 um fast 20 Prozent angestiegen. Noch stärker gestiegen, nämlich um fast 30 Prozent, sind in diesem Zeitraum die indirekten Kosten des Rauchens, die der Gesellschaft beispielsweise durch frühzeitigen Tod und Arbeitsunfähigkeit von Rauchern entstehen. Insgesamt liegen die Kosten des Rauchens im Jahr 2018 bei rund 97 Milliarden Euro. Ein Teil des Kostenanstiegs ist dadurch verursacht, dass es immer mehr ältere Raucher gibt, die häufiger chronisch krank werden als junge Raucher und teure Behandlungen benötigen. Die Ursache dafür ist, dass die geburtenstarken Jahrgänge mit hohem Raucheranteil inzwischen das Alter erreicht haben, in dem tabakbedingte Erkrankungen vermehrt auftreten.

„Um diese Entwicklung zu bremsen, muss die Politik konsequenter als in den vergangenen Jahren wirksame Tabakkontrollmaßnahmen einsetzen“, sagt Tobias Effertz, Ökonom an der Universität Hamburg, der die Kosten des Rauchens berechnet hat und die Ergebnisse bei der Konferenz für Tabakkontrolle präsentiert. Die wichtigste Maßnahme, deren Wirksamkeit belegt ist, seien deutliche Tabaksteuererhöhungen: „Die höheren Steuereinnahmen können einen Teil der zunehmenden Kosten des Rauchens auffangen“, erläutert Effertz.

„Tabaksteuererhöhungen, die zu einem spürbaren Preisanstieg führen, sind auch die wirksamste Maßnahme, um Jugendliche vom Einstieg ins Rauchen abzuhalten und Raucher zum Aufhören zu motivieren“, sagt Ute Mons, Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention am DKFZ und Ausrichterin der Konferenz. „Da Rauchen mit Abstand Krebsrisikofaktor Nummer Eins ist, gehören Tabaksteuererhöhungen zu den wirksamsten Maßnahmen zur Krebsprävention“. So hatten die deutlichen Tabaksteuererhöhungen von 2002 bis 2005 doppelte Wirkung: Sie führten zu einem bemerkenswerten Rückgang des Raucheranteils unter Jugendlichen von 27,5 Prozent im Jahr 2001 auf 20 Prozent im Jahr 2005 und zu einem rapiden Rückgang des Zigarettenabsatzes von 142,5 Milliarden Stück im Jahr 2001 auf 95,8 Milliarden Stück im Jahr 2005.

„Seither hat die deutsche Politik dieses wichtige Steuerungselement aber allenfalls noch in homöopathischen Dosen eingesetzt“, beklagt Mons. „Es ist höchste Zeit, die Steuern auf Tabakprodukte deutlich zu erhöhen, um Raucher und Raucherinnen zum Rauchstopp zu motivieren. Gleichzeitig wäre es sinnvoll, eine moderate Steuer für E-Zigaretten einzuführen, um diese für Jugendliche unattraktiv zu machen.“

Diese neuen Produkte werden nur teilweise von Maßnahmen zur Regulierung von Tabakprodukten erfasst – auch hier muss nachgearbeitet werden. Als Basis für weitere regulatorische Maßnahmen hat das DKFZ einen Bericht erstellt, der den aktuellen Wissensstand zu diesen Produkten zusammenfasst. „E-Zigaretten und Tabakerhitzer sind keine harmlosen Lifestyle-Produkte“, sagt Katrin Schaller von der Stabsstelle

Krebsprävention am DKFZ und Mitautorin des Berichts. Daher ist es dringend notwendig, dass bei der aktuellen Diskussion um ein Verbot der Tabakaußenwerbung auch E-Zigaretten und Tabakerhitzer berücksichtigt werden. Ebenso wie in das Werbeverbot müssen diese Produkte zudem in die Nichtraucherschutzgesetze einbezogen werden, um einen größtmöglichen Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum fordert daher die Bundesregierung auf, endlich konsequent Maßnahmen zur Tabakkontrolle umzusetzen, und damit einen wesentlichen Beitrag zur Krebsprävention zu leisten.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) ist mit mehr als 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die größte biomedizinische Forschungseinrichtung in Deutschland. Über 1.300 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erforschen im DKFZ, wie Krebs entsteht, erfassen Krebsrisikofaktoren und suchen nach neuen Strategien, die verhindern, dass Menschen an Krebs erkranken. Sie entwickeln neue Methoden, mit denen Tumoren präziser diagnostiziert und Krebspatienten erfolgreicher behandelt werden können. Beim Krebsinformationsdienst (KID) des DKFZ erhalten Betroffene, interessierte Bürger und Fachkreise individuelle Antworten auf alle Fragen zum Thema Krebs.

Gemeinsam mit Partnern aus den Universitätskliniken betreibt das DKFZ das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen (NCT) an den Standorten Heidelberg und Dresden, in Heidelberg außerdem das Hopp-Kindertumorzentrum KiTZ. Im Deutschen Konsortium für Translationale Krebsforschung (DKTK), einem der sechs Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung, unterhält das DKFZ Translationszentren an sieben universitären Partnerstandorten. Die Verbindung von exzellenter Hochschulmedizin mit der hochkarätigen Forschung eines Helmholtz-Zentrums an den NCT- und den DKTK-Standorten ist ein wichtiger Beitrag, um vielversprechende Ansätze aus der Krebsforschung in die Klinik zu übertragen und so die Chancen von Krebspatienten zu verbessern.

Das DKFZ wird zu 90 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und zu 10 Prozent vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist Mitglied in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren.

**Ansprechpartner für die Presse:**

Dr. Sibylle Kohlstädt  
Pressesprecherin  
Kommunikation und Marketing  
Deutsches Krebsforschungszentrum  
Im Neuenheimer Feld 280  
69120 Heidelberg  
T: +49 6221 42 2843  
F: +49 6221 42 2968  
E-Mail: S.Kohlstaedt@dkfz.de  
E-Mail: presse@dkfz.de  
www.dkfz.de